

Abrahamson, Georg

**Article — Digitized Version**

## Neue Wirtschaftspolitik in England? Das Programm der Heath-Regierung

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Abrahamson, Georg (1970) : Neue Wirtschaftspolitik in England? Das Programm der Heath-Regierung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 7, pp. 400-402

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134140>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Neue Wirtschaftspolitik in England?

## Das Programm der Heath-Regierung

Dr. Georg Abrahamson, Caversham/England

**V**ollbeschäftigung und stetiges Wirtschaftswachstum ohne chronische Inflation und wiederkehrende Zahlungsbilanzkrisen sind seit Jahren für England scheinbar unerreichbare Ziele. Vor sechs Jahren versprach die junge Labour-Regierung, dem Wechselspiel von „stop“ und „go“ ein Ende zu bereiten. Seit den Wahlen von 1966 wurde der Akzent auf den Ausgleich der Zahlungsbilanz gesetzt. Beide Probleme bleiben, nur zeitweilig und ungenügend gelöst, heute im Hintergrund. Den Vorrang gibt die öffentliche Meinung heute der Kaufkraftverhaltung von Einkünften und Ersparnissen als wichtigstem Teil einer Wirtschaftspolitik, die nach wie vor darauf abzielt, es anderen Ländern in bezug auf Wachstumstempo und Steigerung des privaten Lebensniveaus gleichzutun, ohne jedoch des Engländers angestammte Lebensgewohnheiten und Freiheiten anzutasten oder die gültigen sozialen Grundsätze zu verletzen.

### Stimulus durch Steuerkonzessionen

Für die Labour-Regierung war höhere Arbeitsproduktivität das „Sesam öffne dich“. Sie sollte das Kriterium für Lohnzugeständnisse sein; Steuerermäßigungen sollten nur dann zugestanden werden, wenn sie durch eine zusätzliche Produktion von Konsumgütern gerechtfertigt worden wären und keine Lohnerhöhungen dieses „Gleichgewicht“ gestört hätten. Die Konservativen dagegen wollen die Wirtschaft nun durch Steuerkonzessionen ankurbeln. Sie hoffen auf Ersparnisse im öffentlichen Dienst, glauben den Steuerzahler durch den Sparer entlasten zu können, und wollen sich hauptsächlich auf den Stimulus niedrigerer Einkommensteuersätze verlassen. In ihrem Wahlmanifest versprachen sie, die von der Labour-Regierung zur Förderung arbeitssparender Verarbeitungsprozesse eingeführte, aber vielfach als schwerfällig und unwirksam empfundene selektive Beschäftigungssteuer abzuschaffen und

nach Beratung mit den Regierungsexperten möglicherweise durch eine Mehrwertsteuer nach kontinentalem Muster zu ersetzen. Dann ließe sich auch die jetzige gestaffelte Kaufsteuer auf viele Konsumwaren in eine reine Luxussteuer umwandeln, und die breitere und gleichmäßigere Streuung der indirekten Besteuerung – nur Lebensmittel, Landwirte und kleine Gewerbetreibende sollen ausgenommen und das Wohnungswesen besonders geregelt werden – würde den Steuerdruck auf die Warenproduktion verringern und die ungerechte Vorzugsstellung der dienstleistenden Gewerbe beseitigen. Bei all dem handelt es sich aber um langfristige Vorhaben; die Konservativen erklärten ausdrücklich, daß sie keine übereilten Maßnahmen treffen wollten.

### Sicherung des Arbeitsfriedens

Die wichtigste für die erste Legislaturperiode ausdrücklich versprochene Gesetzgebung betrifft die ramponierten Beziehungen zwischen Unternehmern, Arbeitern und Gewerkschaften. Tarifverträge sollen grundsätzlich rechtsverbindlich sein, sofern nicht beide Seiten das Gegenteil vereinbaren. Ein neu zu errichtendes Arbeitsgericht soll ermächtigt werden, Streiks, die das nationale Interesse beeinträchtigen, auf zwei oder drei Monate auszusetzen. Ein neues System „fairer und vernünftiger Regeln“ soll den Gewerkschaftsbund nicht seiner Rolle als Friedensstifter – insbesondere bei inner- und zwischengewerkschaftlichen Konflikten – entledigen, sondern ihm im Gegenteil das Rückgrat gegen wilde Streiks stärken; denn die neue Regierung ist keineswegs darauf erpicht, das heiße Eisen der spontanen Kurzstreiks aufzugreifen oder mit den Gewerkschaften zu kollidieren. Ein großzügiges Umschulungsprogramm, Abfindungen für entlassene und Finanz- und Wohnungshilfen für umgeschulte Arbeiter sollen helfen, das regionale Arbeitslosenproblem zu lösen.

Die privaten Unternehmer werden zu energischem Wettbewerb, aber ohne „laissez faire“, angehalten. Dem Mißbrauch von Monopol und Machtpositionen will der neue Premierminister, der sich durch seinen Kampf gegen Preisbindungen in einer früheren konservativen Regierung einen Namen schuf, durch eine Reform bestehender Gesetze und eine Stärkung der Monopolkommission begegnen. Keiner der verstaatlichten Industriezweige soll reprivatisiert werden. Der Staat will aber seine Bindungen ihnen gegenüber progressiv abbauen, was wohl heißt, ihre Verluste nicht mehr über den Staatshaushalt abschreiben und ihre Konkurrenzfähigkeit – auf nicht spezifizierte Art – erhöhen. Falls sie Preise und Gebühren heraufsetzen, müssen sie mit einer „besonders sorgfältigen Nachprüfung“ rechnen. Während die Arbeiterpartei die Häfen verstaatlichen, Wirtschaftszweigen in Schwierigkeiten helfen und der Privatwirtschaft zusätzliche Staatsmittel über die Industrial Reorganisation Corporation zukommen lassen wollte, verlassen sich die Konservativen auf die innere Kapitalbildung und die Finanzmärkte als Geldquelle für Kapitalinvestitionen und möchten die I.R.C. am liebsten abschaffen.

#### **Vage Versprechen**

Eine klare Anerkennung der Notwendigkeit von höheren und produktiveren Investitionen in der britischen Wirtschaft fehlte in der Regierungserklärung. Allein die Steuernachlässe sollen einen Anreiz für profitable Investitionen bieten, während die generellen Kapitalbeihilfen für neue Investitionen einem elastischeren und auf die zurückgebliebenen Bereiche beschränkten System Platz machen sollen. Im übrigen wird das Gewinnmotiv als ausreichende Basis für die private Investitionstätigkeit angesehen. Im Wohnungsbau sollen mehr Eigenheime zu günstigen Hypothekenbedingungen gebaut und der soziale Wohnungsbau aus öffentlichen Mitteln auf besondere Mietergruppen beschränkt werden.

Alle diese Versprechen und Voraussagen – eigentlich zu vage, um ein Programm genannt zu werden – entsprechen konservativ-liberaler Denkweise. In der harten Wirklichkeit werden sie aber wohl der Revision bedürfen. Dabei kann sich die neue Regierung allerdings mit dem Trost ans Werk machen, daß sie im Gegensatz zur Labour-

Regierung im Herbst 1964 nicht gleich eine Währungskrise meistern muß. Nach der starken Preis- und Lohnwelle der letzten Monate dürfte zudem der Sommer wie gewöhnlich eine Beruhigung bringen. Der Staatshaushalt bleibt im Überschuß, die laufende Zahlungsbilanz ist aktiv, und auf den Kapitalmärkten warten große Mittel auf eine langfristige Anlage. Die Londoner City und die ausländische Finanzwelt bringen den Konservativen Vertrauen und Verständnis entgegen. Sogar die radikalen Gewerkschaftsführer schlagen sanftere Töne an. Mr. Heaths unerwarteter Wahlsieg drängt die Opposition rechts und links in die Defensive. Der jungen Regierung wird zumindest eine Atempause zugebilligt, und die öffentliche Meinung ist empfänglich für drastische Maßnahmen im Interesse der dringend gewünschten Preisstabilität.

#### **Beitritt zur EWG im Blickpunkt**

Unter den außenwirtschaftlichen Fragen steht der Beitritt zum Gemeinsamen Markt im Blickpunkt. Es ist anzunehmen, daß Mr. Heath, selbst ein überzeugter „Europäer“, ihm sein persönliches Interesse und Priorität widmen wird. Er ist sich aber des starken und eher noch wachsenden Mißtrauens vieler Engländer gegen jegliche Bindungen an Kontinentaleuropa bewußt. Beide politische Parteien legten deshalb im Wahlkampf Wert auf die Feststellung, daß sie sich nur zu Verhandlungen mit der Wirtschaftsgemeinschaft verpflichten und keine Vorbedingungen akzeptieren. Insofern als sich die erwarteten Vorteile in bezug auf Wirtschaftswachstum und Lebensstandard nur allmählich einstellen können, der Preis für sie aber schon vorher in Form höherer Lebenshaltungskosten zu zahlen ist, wird jedoch vom englischen Verbraucher eine Vorausleistung erwartet. Daran ändert auch nichts das konservative Versprechen, keiner ungleichen oder unfairen Regelung zuzustimmen. Der Zeitfaktor ist wichtig, zumal die neue Regierung auch ihre Steuer- und Preispolitik synchronisieren muß und jedwede Preissteigerungen dem Hauptziel der Preisstabilität zuwiderlaufen.

Dennoch wollen die Konservativen die britischen Agrarregelungen, auch aus innerfinanziellen Gründen, im vorhinein der EWG-Marktordnung angleichen, denn hier sehen sie das einzige ernst-

**VEREINSBANK IN HAMBURG**

Zentrale: Hamburg 11 · Alter Wall 20-30 · Telefon 36 10 61

58 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

hafte Hindernis für den Beitritt auf britischer Seite. Sie wollen die Agrarproduktion steigern, um den Importbedarf „massiv“ zu senken. Die Preisfestsetzungen, Produktionsbeihilfen und Marktbewirtschaftungsorgane für wichtige landwirtschaftliche Erzeugnisse bleiben zwar fürs erste, sollen aber durch Einfuhrabgaben ergänzt werden, um die Ausgleichszahlungen an britische Farmer für Mindererlöse auf dem auch Übersee-producing offenen Inlandsmarkt stufenweise abzubauen. Die Übergangszeit soll etwa drei Jahre dauern und mit einer allmählichen, schonenden Anhebung der Verbraucherpreise Hand in Hand gehen. Das neue System soll aber mit allen interessierten Parteien besprochen werden und dürfte somit noch revidiert werden.

#### **Dilemma der neuen Regierung**

Das Dilemma der neuen Regierung besteht darin, daß von ihr sofort eine wirksame Bekämpfung der Inflation erwartet wird, die neue Wirtschaftspolitik aber nur langsam in Gang kommen kann. Mr. Heath spricht von einer Preis-Lohn-Steuer-Spirale, die er von der Steuerseite her angreifen will. Aber eine wirkliche Steuerreform kann kaum vor 1972 durchgeführt werden. Die Manipulation von Steuersätzen allein kann zudem das Preisniveau nicht wesentlich beeinflussen. Die versprochenen Erleichterungen in der direkten Besteuerung würden nämlich zusätzliche Kaufkraft freisetzen. Wirklich aktive Preiskonkurrenz liegt zudem vielen britischen Industriellen nicht nach Jahren hohen Zollschatzes, anderer Importhindernisse und staatlicher Interventionen zugunsten der Schwächeren ohne Rücksicht auf ihre eigenen Anstrengungen. Mr. Heath braucht allerdings die Wirtschaftspolitik nicht „in 100 Tagen“ umzustülpen, wie es Mr. Wilson im Herbst 1964 versprach. Spätestens im Herbst muß sein neuer Stil „besonnenen“ Regierens die ersten Früchte tragen. Die Schonzeit dauert nur ein paar Monate, und kurzfristige Palliative wie ein Lohnstopp, Kreditkontrollen und Importrestriktionen passen nicht in das konservative Konzept.

Stattdessen will die neue Regierung nicht nur die Preis-Lohn-Spirale dadurch brechen, daß sie

die Steuern senkt, die direkt auf Preise und Kosten einwirken, sondern sie will auch Gebühren und Preise des öffentlichen Sektors in „festem Griff“ haben. Um dadurch eine Atempause zu gewinnen, will sie einen reduzierten Haushaltsüberschuß akzeptieren, zumal sie der Meinung zustimmt, daß die britische Wirtschaft heute eine mäßige Expansion des privaten Konsums verträgt. Ihre Aufgabe wird vielleicht dadurch erleichtert, daß andere führende Industrieländer ähnlichen Problemen gegenüberstehen. Sie stimmt aber nicht dem von Labour-Führern im Wahlkampf gebrauchten Argument zu, daß eine Kosteninflation nichts ausmacht, wenn die ausländischen Konkurrenten auch darunter zu leiden haben, denkt aber wohl, daß diesem internationalen Problem vielleicht durch eine internationale Zusammenarbeit begegnet werden kann.

#### **Gefahr durch Widersprüche**

Man darf also erwarten, daß die neue britische Regierung dem freien Spiel der Marktfaktoren mehr Raum geben wird, von ihren begrenzten Möglichkeiten, auf die Preise einen Druck auszuüben, Gebrauch machen und die Steuerpolitik im Sinne einer Expansion, besonders in den zur Zeit unterbeschäftigten Wirtschaftszweigen und -gebieten, nutzen wird. Eine Gefahr erwächst allerdings auch dem widersprüchlichen Wahlversprechen: Man kann nicht die Einkommensbesteuerung und die auf die Produktion drückenden Steuerlasten senken, mehr Kaufkraft freisetzen und von den Unternehmern und Arbeitnehmern Maßhalten erwarten, von den verstaatlichten Grundindustrien verlangen, daß sie auf eigenen Füßen stehen und die Gebühren und Preise ohne Rücksicht auf ihre Selbstkosten stabil halten. Die Regierung kann auf die Haushalts- und Zahlungsbilanzüberschüsse nur so weit zurückgreifen, als es das mühsam zurückgewonnene Vertrauen der ausländischen Gläubiger nicht erschüttert. Das bedingt Vorsicht in der Geld- und Kreditpolitik, über die sich die Konservativen bisher nicht geäußert haben. Nur wenn sie die Inflation bald unter Kontrolle bringt, kann die konservative Regierung eine neue Wirtschaftspolitik auf lange Sicht mit Aussicht auf Erfolg einleiten.

## **KONJUNKTUR VON MORGEN**

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

**VERLAG WELTARCHIV GMBH · 2 HAMBURG 20 · EPPENDORFER LANDSTRASSE 106**